

# Halleische Zeitung



Infantionsgebühren für die fünfgepaltenen Zeile oder deren Raum für Halle a. Mag. Bez. Zeitung nur 15 Pf. sonst 18 Pf.   
 **Reklamen am Schluss** des redaktionellen Theils pro Zeile 40 Pf.

vorm. im G. Schwetschke'schen Verlage. (Halleischer Courier.)

Nummer 193.

Halle, Freitag, 20. August 1886.

178. Jahrgang.

Halle, den 19. August.

## Die Offiziere und die Politik.

Die konservativere Correspondenz schreibt: Die "Freimünne Zeitung" des Herrn E. Richter wendet sich mit großer Entrüstung gegen ein von Herrn v. Köller als Vorsitzendem des Vereins zur Verbreitung konservativer Zeitschriften" angelegte Ende Juli "an eine sehr große Zahl von aktiven Offizieren" verändertes vertragliches Circular, in welchem diese Offiziere zu Beitragszahlungen für den genannten Verein aufgefordert werden. Die "Freimünne Zeitung" findet in diesem Appell eine Verletzung des § 49 des Reichsmilitärstrafgesetzes, der allen zum aktiven Heer gehörigen Militärpersonen die "Theilnahme an politischen Vereinen" unterjagt. Mit dieser Auffassung und mit seinem Protest hat das Organ E. Richters sich jetzt alsbald bei dem "Berl. Tagebl.", welches aus diesem Anlaß sogar seine Streitmit mit der "Frei. Ztg." begrüßt, und bei der "Nat. Ztg.", die von der "Militärverwaltung" Remetur erhofft und im Hinblick auf dieses Circular von der "schlimmsten Weisheit eines Landes, einer politisirenden Armee" spricht, Nachfolge gefunden. Keinliches Redewendungen wird man denn wohl auch in den nächsten Tagen in der "Frankf. Ztg.", der "Berl. Ztg.", dem "Singerischen Berl. Volksblatt" und verwandten Organen begegnen.

Wir müssen zunächst bemerken, daß wir nach der Seite des wüthlichen Habesstandes im Augenblicke nicht in der Lage sind, die Angaben der "Frei. Ztg." kontrolliren zu können. Es ist uns bekannt, daß Herr v. Köller der Vorsitzende des Vereins zur Verbreitung konservativer Zeitschriften ist; wir halten auch nichts für wahrscheinlich, als daß dieser konservativere Parteiführer auch die Spitze dieses Vereins mit derselben Energie, die er allenfalls im Dienste der konservativen Sache betätigt und durch welche er sich längst in hervorragendem Maße den Dank unserer Partei erworben hat, fördern und im Besonderen diese Aufgabe auch ein Circular, wie das von der "Frei. Ztg." inhaltlich hiezu, veranlaßt haben mag; vorzulegen aber hat uns dieses Schriftstück bis heute nicht. Wir halten uns also vornehmlich an die Mittheilungen der liberalen Presse und verlässigen Quellen, die uns die Seite gebotenen Verhältnisse erklären, daß wir für den ganzen Kreis, mit dem die "Frei. Ztg." und ihre Genossenschaftliche Angelegenheit beizulegen, keinen Grund zu entdecken vermögen. Allerdings ist es den aktiven Militärpersonen unterjagt, Mitglieder eines politischen Vereins zu sein; sich für einen solchen Verein zu interessieren, ihm Geldmittel zuzuwenden, ist ihnen doch aber — wozum nicht die Tendenz dieses Vereins im Einklang mit dem Geist und der monarchischen Grundrichtung unserer Armee liegen — in keiner Weise verwehrt. Und daß es sich eben nur um eine solche losere Form der Anteilnahme und nicht um eine regelrechte Mitgliedschaft handeln soll, geht ja gerade aus dem, was die "Frei. Ztg." aus dem Circular über die Modalitäten, die für etwaige Beitragsleistungen anzugeben werden, mittelt, vollkommen deutlich hervor.

Wir würden denn auch diese ganze aufgebauschte liberale Entrüstung auf sich beruhen lassen oder mit wenigen Worten abthun, wenn uns die weiteren Ausführungen, mit denen die "Frei. Ztg." ihren Protest begründet, nicht dringende Veranlassung gäben, die Auffassungen des Organs des Herrn E. Richter in einigen wesentlichen Punkten zu corrigiren. So fragt die "Frei. Ztg." u. a.: "Was würde die konservativere Presse sagen, wenn in ähnlicher Weise verurteilt würde, zu Gunsten einer anderen politischen Partei als der konservativen im Kaiserthum durch aktive Offiziere und aktive Beamte allgemein zu agitiren? Wie wollen es Herr v. Köller und die konservativen fernere die Sozialisten verdrängen, wenn sie durch geheime Organisation oder Art das bestehende Sozialistengesetz ebenso zu umgehen trachten, wie Herr v. Köller die Umgehung des § 49 des Reichsmilitärstrafgesetzes für Offiziere zu organisiren sucht. Die Praktiken des Herrn v. Köller sind ja gerade als multilateral von den Sozialisten angesehen werden, um dem Geiz ein Schnitzpaß zu schlagen." "Weshalb aller dieser Streitigkeiten können wir die "Frei. Ztg." beizulegen und ihr auf ihre Fragen mit wenigen Worten eine ganz klare Antwort geben. Wir würden, wenn irgendwo, innerhalb oder außerhalb der Armee, die Sozialdemokraten Anklagen tragen. Dem Geiz ein Schnitzpaß zu schlagen" oder "geheimen Organisationen" zu schaffen, die Regierung aufzureden, diese Verurteilung schuldlos niederzuschlagen. Wir würden ebenso, sobald die Partei des Herrn E. Richter oder die des Herrn Sonnemann in Frankfurt a. M. einen solchen, unter Offizieren in ihre Kreise hineinzuziehen, mit allen Mitteln, durch einen Appell an die Regierung und in jeder anderen Art, diesen Bemühungen entgegenarbeiten. Wir sind eben der Ansicht, daß der vollendete doktrinaire Abergwitz, der unsere Linksbildeten bezeichnet und den man allmählich auch als Einseitigkeit bezeichnen kann, durch geht, um überhaupt auf den Gedanken zu kommen, in Bezug auf die Armee eine so eminent monarchische und königstreue Partei wie die konservativere als gleichwertig mit der freimünne und der sozialdemokratischen zu behandeln und seine Beispiele für das, was statthaft oder nicht statthaft sein soll, rein unter äußerlichen Gesichtspunkten und ohne Berücksichtigung der inneren fundamentalen Verschiedenheit des Falls bald von der einen und bald von der anderen Partei zu nehmen.

Die "Frei. Ztg." spricht freilich in deklaratorisch beweglicher Weise von einem "Parteihaß", der "im Df. Nr. 193. 1. Seiten."

figiercorps entflammt werden soll", und meint, wenn es jemals gelänge, diesen Haß, der "den politisch Andersdenkenden einem Feinde gleich erachtet", anzufachen, "so würde unsere Armee aufhören, fernerin das Volk in Waffen zu sein und nichts anderes darstellen, als eine Prätorianer-Garde zur Niederhaltung der Freiheit des Volkes." Einen solchen Parteihaß, ein politisches Parteitreiben innerhalb der Armee wollen aber auch wir nicht. Ein Offizier mag als Privatperson ein konservatives oder ein freikonervatives Blatt lesen und mit seinen Sympathien, die sich ja selbstverständlich auch bei ihm entwickeln müssen, mehr nach der einen oder nach der anderen Seite hinüberneigen: in die öffentliche Propaganda für das, was die genannten und die ihnen zunächst stehenden Parteien, denen eine ehrlich monarchische Grundlage gemeinsam ist, von einander scheidet, gehört aber ein Offizier auch nach unserer Überzeugung nicht hinein, noch diese Propaganda in die Armee. Für die sich auch nach außen in irgend einer Weise markirende Stellungnahme des Offiziers unserem inneren politischen Leben gegenüber dürfen vielmehr Partei-Unterschiede und Partei-Streitigkeiten nicht die leitenden Gesichtspunkte abgeben, sondern einzig und allein die großen Grundfragen, die ihre Berechtigung und ihre Nothwendigkeit aus dem Wesen seines Standes und seinem Pflichtverhältnis gegenüber der Armee schöpft: Welche politischen Richtungen erstreben diese, die mit dem Eide der Treue, den du deinem Könige geschworen hast, unvereinbar sind? welche politischen Richtungen verfolgen die Aufgabe, die innere und äußere Kraft der Armee zu schwächen und die grundsätzlichen Anschauungen, auf denen sie ruht und die ihre Stärke ausmachen, aufzulösen?

Kaut die Antwort auf diese Fragen für die eine oder die andere Partei ungewißhaft belassend, so ist aber auch der Offizier nicht als Politiker und vom Parteistandpunkt aus, sondern als unmittelbarer Diener Sr. Majestät des Königs und als Mitglied einer Körperschaft, die vor allen anderen die Aufgabe hat, den Geist der Treue, den Respekt vor der Autorität und den Sinn für Ordnung und Gehör im Volke in Kraft zu erhalten, sowohl berechtigt wie berufen, diesen Bestimmungen innerhalb der ihm vom Gesetz und von seiner Stellung auferlegten Schranken entgegenzutreten. Er würde also beispielsweise ein geringes Maß von Unrechtskraft und Unterjagungsvermögen beweisen, wenn er sich durch den Vorwurf, "Politik" zu treiben und als Gegner einer "politischen Partei" aufzutreten, davon zurückhalten lassen wollte, den grundsätzlichen Lehren der Sozialdemokratie, wo sie auch innerhalb der engeren oder weiteren Kreise seines Einflusses ihn begreifen mögen, mit aller Energie, mit Worten wie mit Thaten entgegenzuarbeiten. Er hat diese Pflicht im Dienste, wo sich irgend eine Veranlassung dazu bietet, und er hat dieses Recht und diese moralische Pflicht auch außerhalb dieses Dienstes, vermöge des Grundcharakters seiner Stellung, nur daß es ihm hier nicht gestattet ist, dieses Ziel als regelrechtes Mitglied eines politischen Vereins zu betreiben.

In derselben Lage wie der Sozialdemokratie befindet sich der Offizier der preussischen und deutschen Armee aber auch dem Fortschritt gegenüber. Es ist das ein hartes Wort, aber wir bedauern, Dank dem dominirenden Einflusse, welchen Herr Richter in dieser Partei ausübt, nichts davon zurücknehmen oder mildern zu können. Die Art und Weise, wie diese Partei an der Aufstellung des Militäretats regelmäßig mitarbeitet, die gehässige Kritik, die ihre parlamentarischen Führer und ihre Presse an unseren Militärinterimrichtungen zu üben pflegen, der Widerstand, den sie in entscheidender Zeit unerlässlichen Reformen entgegenstellt hat und mit dem sie sich heute so ziemlich jede Aktion unserer Militärverwaltung, die auf eine pflichtgemäße Befreiung unserer Wehrkraft und Vervollkommnung unserer Rüstung abzielt, nach Möglichkeit lähmt, ist notorisch. Speziell die "Frei. Zeitung", das seltsame Blatt, welches hier Beschwerde führt, tristet, wie wir wiederholt erwähnt haben, in jeder Nummer von tendenziösen, finstlichen oder ernsthaften Gehässigkeiten gegen die Armee. Wenn Herr Richter gleichwohl diese Anlagen mit den üblichen beschönigenden Redewendungen entlastet und den Geist seiner "Frei. Ztg." für einen solchen ausgehen kann, mit dem sich auch ein Offizier nur auseinandersetzen kann, in dem er nicht vielmehr einen Todfeind erkennen muß, so wollen wir ihm, um allem müßigen Wortstreit über "loyale" oder illoyale Kritik vorzubringen, die folgende Stelle aus der "Wochenplauderei" der "Fr. Ztg." vom 1. August d. J. hier unterbreiten:

"Ich habe doch immer Unlust, Leber und Nierenkrankheit auch im Spiel. Das alles ist mich angedrungen, an dem heute in Alten nur beginnenden Staatskongress zu betheiligen. ... Und dann der förmliche, hinhörig-symbolische Festzug, ohne den es nun einmal nicht abgeht, soll eine wahre Pracht werden, habe ich mir sagen lassen. Für die Dichter (oder heißt es Dichter?), die gedruckten Worte, sind bekannte Symmetrien von höchster Wichtigkeit gewonnen. ... Die Könige, welche nicht viel zu bedeuten haben und meist in den Stat geleget werden, hat man Dilettanten mit regelmäßigem Gesichtspunkte und schönen Vollzügen anvertraut. Große Schwierigkeiten hat die Beziehung der Menschlichkeit, fettenhafte die Akademie und Haushaltung des Spiels. ... Allerdings soll man sich in Beziehung auf den obersten von allen, über den nichts gibt und der alles trumps und nicht, den auswendigen Worten hingeben haben. ... Es ist hier vertrieben werden, darüber herrscht im Augenblicke noch das neuste Schwärm. Dogmen fest ist, daß ein hervorragender Staatsmann, ausgezeichnet durch ein höchst ge-

fälliges und doch imposantes Äußeres, geschmackvolle Toilette und ebensovorne, als verdrückte Manieren sich lebhaft wünscht gefunden hat, eine Figur zu übernehmen, die sonst wenig Freunde und Liebhaber findet — den Schellen-Ober.

Wenn ein preussischer Offizier ein Blatt, welches in dieser Weise nicht nur unsere höchsten Regierungsbeamten, sondern auch das Königthum mit seinem hämischen Spott bedauert, mit ruhigem Blute lesen oder in seiner Nähe dulden kann und, sobald er seine Natur erlarmt hat, nicht zu dem Entschlusse kommt, Alles, was in seinen Kräften steht, anzubieten, um den giftigen Einfluß solcher Politiker und solcher Blätter auf unser Volk zur Thür hinauszuwerfen zu lassen, so bedauern wir diesem Manne sagen zu müssen, daß ihm auch bei den glänzlichsten Fähigkeiten die Hauptfache zu seinem Berufe fehlen würde: das Herz und die warme Königstreue des preussischen Offiziers, die unseren Staat groß gemacht hat, und für die es weder bei Herrn Richter noch sonst in der Welt einen Ersatz gibt.

Das genug heftigsten der "Frei. Ztg."; soweit es sich aber um die "Nat.-Ztg." handelt, sind wir allerdings der Ansicht, daß es noch eine schlüssigere Geißel, als eine politisirende Armee" für ein Land geben kann, und daß ist eine Armee, die in ihrem Uebel und ihrem Empfinden kumpf genug geworden wäre, um keinen Unterschied mehr zwischen monarchischen, königstreuen und lokalen Parteien auf der einen Seite und den Parteien des Unkrautes und der prinzipiellen Opposition auf der anderen Seite entdecken zu können und beiden Richtungen, auf Grund irgend einer abstrakten Formel, mit derselben apathischen Gleichgültigkeit gegenüber zu stehen. Es ist ja sicherlich tief zu beklagen, daß diese Formel bereits Anbahner gequält hat, d. h. daß es angehend wirklich aktive Offiziere in unserer Armee gibt, die es mit ihrem Standesbewußtsein, ihrem Pflichtgefühl und allen ihren sonstigen inneren Empfindungen nicht vereinbar finden, Beziehungen zu Blättern wie der "Freimünne Zeitung" zu unterhalten. Diese betrieblere Freundschaft aber kann für uns nur ein doppelter Grund sein, dem Unkraut, den Unklarheit und Tendenz mit der Deutlichkeit "Keine Politik in der Armee" treiben, entgegenzutreten und unseren Militärebörden den dringenden Wunsch ans Herz zu legen, doch nach Kräften in allen Sphären unserer Armee die Erkenntniß zu verbreiten, welche Art von "Politik" und "politischer" Stellungnahme sich für einen preussischen Soldaten und Offizier scheidet, und welche nicht.

## Politische Mittheilungen.

Auch die Kaiserin hat, mit dem Kaiser zusammen, das Sterbezimmer Friedrich's des Großen besucht. Nach der Rückkehr am Dienstag fuhr die hohe Frau nach Schloss Sanssouci, die Kampe bei der Wohnstätte hinauf, und wartete im Speisesaal Friedrich's des Großen, bis der Kaiser, begleitet vom Flügel-Adjutanten Major Bringen Heinrich XVII. Reich, eintrat. Dann begaben sich der Kaiser und die Kaiserin in das Sterbezimmer des großen Königs. Bald darauf erschienen auch der Kronprinz, sowie Prinz Heinrich. Die hohen Herrschaften verweilten etwa eine halbe Stunde an der denkwürdigen Stätte. Sie riefen sich in dem Bilde des großen Königs, welches, von dem Dresdener Hofmaler Graf gemalt, die Wand gegenüber der Fensterreihe schmückt, die Gestalt befehlen im Geiste in das Leben zurück. Die lebendige Exotik von ihm ist noch in dem Kaiser erhalten in dem, was er in seiner Jugend von seinem Vater gehört und sonst von Personen, die Friedrich den Großen noch gekannt hatten. Und viele interessante Details wußte der Kaiserliche Herr gerade von dieser Stätte zu erzählen, wo der große König vor einem Jahrhundert seinen Geist aufgab. Die Grube Friedrich's des Großen in der Garnison-Kirche zu Potsdam war vorgesehen das Ziel der Wanderung Ungehöriger, darunter auch vieler Fremden. Auf dem Sarge lag der große Lorbeerkränze mit schwarz-weißen Schleifen von Sr. Maj. der Kaiser, dann ein kleiner, den der Kaiser im Namen S. Maj. der Kaiserin-Königin niedergelegt hatte. Sodann ein diat mit schwarz-weißem Band durchschlitzter Lorbeerkränze, den Sr. K. u. L. H. der Kronprinz und I. K. u. L. H. die Frau Kronprinzessin, welche ihn mit eigener Hand gewunden, auf den Sarg des großen Königs niedergelegt hatten. Weiter war der Sarg bedeckt mit großen Kränzen von dem Offiziercorps des Ersten Garde-Regiments zu Fuß und dem Offiziercorps des Regiments der Garde zu Fuß und dem Offiziercorps des Regiments der Garde zu Fuß, dann der Krieger-Vereine von Potsdam und Umgebung, sowie des Vereins ehemaliger Kameraden des Regiments Feldzeugmeister.

Staatsminister Dr. Lucius begiebt sich zunächst nach Scandinavien. Dr. Prof. Professor Gneiss 70. Geburtstag den dieser bekanntlich in Gießen feierte, erschien auch Fürst Bismarck mit dem Grafen Herbert bei Gneiss, um ihre Glückwünsche persönlich darzubringen und verweilten dort längere Zeit. Dr. Hans Delbrück wird nach Ablauf der Reichswahlperiode ein Mandat nicht wieder annehmen. Delbrück vertritt bekanntlich den Reichstagswahlkreis Stralund-Wilgen. Die Auffassung, daß die Haltung der staatlichen Behörden Deutschlands gegenüber den Kaiserlichen Feiertagen von der Stellung, die einige kommunale









